

# Die Zeitungs-Zentralen

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe  
Jahrg. 218 Nr. 123 a

**Bezugspreis:** Die Zeitungspreise sind nach dem amtlichen Kurs für den Monat April 1925 festgesetzt. Die Zeitungspreise sind nach dem amtlichen Kurs für den Monat April 1925 festgesetzt.  
**Halle-Saale** Donnerstag, 28. Mai 1925  
**Anzeigenpreis:** Die Spaltenpreise sind nach dem amtlichen Kurs für den Monat April 1925 festgesetzt.  
**Geldwechsel:** Berlin, Bernburger Str. 50, Fernamt zum Kurkurs Nr. 630

# Das verschwendende französische Frankreich

## Eine englische Warnung an die Franzosen

### Eine halbamtliche englische Erklärung

London, 27. Mai.

Die „Times“ veröffentlicht heute eine sehr interessante Erklärung über die Forderung, der als eine durchaus halbamtliche Erklärung aufzufassen werden darf. Im Anfang des Artikels wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen lange dauern müßten, da es sich um eine sehr ernste Angelegenheit handele. Nach diesen Worten folgt aber eine nicht minder wichtige Bemerkung: Da heißt es dann wörtlich: „Der Impuls über die Idee geht, kann schnell wieder sterben, wenn die Diskussion darüber in das rein Abstrakte sich verliert.“ Der Artikel geht dann auseinander, weshalb England ein großes Interesse daran habe, die Politik auf dem Kontinent mitanzusehen, selbst wenn dem kontinentalen Sicherheitsrat mitzuarbeiten, selbst wenn eine Isolierungspolitik Englands, sagt das Blatt, nie in Frage käme. Die Idee eines Weltpaktes ist dagegen für jeden politisch denkenden Engländer einfach und überzeugend. Eine ein solches Votum abzugeben, würde die Gefahr eines neuen großen Krieges für viele Jahre abgemindert sein. Der letzte Teil des Artikels schließt mit einer Warnung an Frankreich: „Die Regelung der Sicherheitsfrage“, heißt es da, „muß auf ein bestimmtes Problem beschränkt werden, nämlich darauf, daß durch ein rein freiwilliges Votum zwischen Deutschland und den Nachbarländern die Grenzen garantiert werden.“ Die Deutlichkeit von Frankreich und Belgien trennen.“ „Es sei hier „Times“: Das bedeutet also ganz vorläufig ausgesprochen, daß wenn Frankreich bereit ist, die Garantiefrage nur auf die Angelegenheiten zu beschränken, England dann bereit wäre, eine solche Note mit Frankreich zusammen zu unterzeichnen. Es offenbart sich hier nicht nur ein Aussehen, sondern, und darin liegt die große Wichtigkeit dieses Artikels.

### Anhaltender Rückgang des französischen Frankreich

Berlin, 27. Mai.

Die schwache Tendenz des französischen Frankreichs auf den internationalen Zusammenkünften hat sich heute vornehmlich stärker fortgesetzt. Die Ursache hierfür dürfte im viel verurteilten Kämpfe in Marokko und der Tatsache zu suchen liegen, daß der französische Finanzminister eine Verlangung des Etats bisher nicht hat erreichen können. Daneben spielen die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Frankreichs für die Bewertung des Frankreichs eine Rolle.

### Freifahrt für die Besatzungsstruppen verlangt

Berlin, 27. Mai.

Der beinformierte Seite erfahren wir, daß die französische Besatzungsbehörde an die Deutsche Reichsbesatzungsbehörde mit dem Ersuchen herangetreten ist, die Besatzungsstruppen innerhalb des besetzten Gebietes freie Fahrt auszuweisen. Als Kompensation wurde von französischer Seite die Zulassung von 22 sogenannten militärischen Beamten in Aussicht gestellt.

Für die Deutsche Reichsbesatzungsbehörde liegt kein Anlaß vor, auf dieses eigenartige französische Ersuchen näher einzugehen. Durch das Londoner Abkommen ist die Frage der freien Fahrt für die Besatzungsarmee genau geregelt worden. Sämtliche Befehle auf Grund der Befehlsbefugnisse der besetzenden Mächte zu tragen, wogegen Deutschland Reparationsabgaben nach den Bestimmungen des Dawesplans zu leisten hat. Wenn also in sachlicher Beziehung die französische Besatzungsbehörde eine freie Zulassung angefordert werden muß, so ist das Verlangen nach einer bedeutenden finanziellen Vergütung für die Besatzungsstruppen gegen Wiedereinlösung von 22 „militärischen“ Beamten wieder einmal ein deutlicher Beweis dafür, daß die französische Besatzungsbehörde die Regelung des besetzten Gebietes als Obligation auf sich ansieht. Man will einen wohl begründeten deutschen Rechtsanspruch nur dann erfüllen, wenn Deutschland andere Lasten übernimmt.

Dieser Tage erit ist auch von französischer Seite wieder auf die unglückliche Verwendung von Hinweggewandten worden, die die französischen Besatzungsbehörden treiben. Der französische Finanzminister macht alle Anstrengungen, um das französische Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Er denkt aber bei seinen Sparmaßnahmen offenbar erst in allerletzter Linie an die unzulässigen Ausgaben an Rhein. In Frankreich wägen alle nützlich und die Streitigkeiten gegen die Besatzungsbehörde der Besatzungsstruppen entscheidenden Einfluß erheben. Die Regierung hatte daher zu befehlen, daß ihr auf diesem Gebiet die Schwierigkeiten erwachsen könnten. Diesen Schwierigkeiten wird man einfach dadurch aus dem Wege zu gehen, daß Deutschland die Übernahme eines großen Teiles der Besatzungsstruppen angeboten wird. Diese französische Einstellung, die sich über jede Rechtsgrundlage hinwegsetzt, eröffnet leider wenig günstige Aussichten für die Regelung der Besatzungsfragen.

**Freitag Rückkehr des Reichspräsidenten**  
Dannover, 27. Mai.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Reichspräsident von Hindenburg wird am Freitag, den 29. Mai, mit dem Zuge 138 Uhr nachmittags von Hannover nach Berlin zurückkehren. Der Reichspräsident hat während seiner Abwesenheit von Berlin die Stadt Hannover nicht verlassen.

### Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei

München, 27. Mai.

Die unterfränkischen Kreisvereinigungen der Bayerischen Volkspartei hat auf ihrer letzten Tagung ihre Sympathie für die Bestrebungen Ausdruck gegeben, die darauf ausgehen, zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wieder eine Arbeitsgemeinschaft herzustellen. Die Bayerische Volkspartei unterfränkischer hat immer schon als der Stützpunkt der Partei, der am meisten zum Zentrum zurückkehrt. Um so bedeutsamer ist die Voraussetzung, die der Kreisverband fordert. Im offiziellen Tagungsbericht heißt es, man habe nicht mit der Meinung zurückgekehrt, daß das Zentrum in den letzten Jahren sich zu weit nach links habe treiben lassen. Am Zentrum scheine sich jedoch langsam eine Wandlung zu vollziehen, die eine Milderung des Zentrums zu den alten bürgerlichen Grundsätzen bedeuten könnte. Nur unter diesen Umständen könne die bayerische Volkspartei eine Arbeitsgemeinschaft mit ihm begründen. Auch diejenigen Vertreter, die geglaubt hatten, bei der letzten Reichspräsidentenwahl die Kandidatur Hindenburg nicht empfehlen zu können, geben für die bayerischen Reichspartei wieder rücksichtslos die Erklärung ab, es auch für sie nicht weiteres gäbe, als weiterhin der Bayerischen Volkspartei die Treue zu halten.

### Die Besteuerung nach dem Verbrauch

Berlin, 27. Mai.

Am Steuerantrag des Reichstages wurde die Besteuerung nach dem Verbrauch behandelt. Angenommen wurde ein deutscher nationaler Antrag, wonach die entsprechende Körperschaft des Einkommensteuergesetzes in eine Kanonenschrift umgewandelt wird. Es ist demnach in das Ermessen der Finanzbehörde gestellt, wenn ein offenes Verhältnis zwischen verschiedenen Einkommen und Verbrauch zu konstatieren ist, die Einkünfte nach dem Verbrauch zu berechnen. Schließlich bestimmte der Ausschuss, daß eine Besteuerung nach dem Verbrauch nur Anwendung finden dürfte, wenn der Verbrauch mindestens 15 000 Rentenmark jährlich betrüge. Die Regierungsvorlage enthält als Grenze einen Jahresverbrauch von 8000 Rentenmark. Der Ausschuss beschloß ferner, daß bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Einkünftebestimmung des Steuerpflichtigen beeinträchtigen, durch Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer berücksichtigt werden sollen, wenn das Einkommen 16 000 Rentenmark nicht übersteigt.

### Die Thüringer Regierung und die alten Reichsfarben

Weimar, 27. Mai.  
(Eigener Drahtbericht.)

Der vormalige Thüringische Landtag hat eine Anfrage an die Regierung über die Bestimmung der alten Reichsfarben durch Kommunen in Jena gerichtet. Die Regierung gab als Erwiderung die Erklärung ab, daß die Dauerlicher Weise die Polizei in Jena von vornherein nicht gegen die Teilnehmer an dieser Art unternehmen habe. Auch die Namen der Täter seien nicht festzustellen. Schließlich ließ die in Frage kommenden Personen naturgemäß nicht mehr feststellen. Der Polizeiverwaltung in Jena sei jedoch mitgeteilt worden, daß eine derartige unerhörte Setzung von Ordnung eines großen Teiles der Bevölkerung durch die Bestimmung der alten bürgerlichen Grundsätze, deren Bann heute noch mit den Reichsfarben als Nationalflagge zu dienen, nicht gebildet werden könne, und daß die Regierung gegen Polizeibeamte, die bei derartigen Fällen in Zukunft nicht einschreiten, disziplinarisch vorgehen werde.

### Wo bleibt Amundsen?

In Nord der „Strom“, Stockholm, 27. Mai.

Die Lage ist noch immer unklar. Es herrscht weiter großes Interesse an Amundsen. Das von Amundsen und Shirren bestellte Schiff „Norge“ bemerkt sich nirgendwo und auch nicht nach Norden zu. Die Schifffahrt ist hier ausgesetzt und klar.

### Verband gegen Stresemann

Paris, 27. Mai.

Die getriggen Erklärungen Briands im Senat haben in französischen politischen Kreisen große Aufmerksamkeit erregt. Briand erklärte, als er die Stellung des Außenministeriums übernahm, habe er die Aufgabe der Verständigung betreffend den Weltkrieg als oberste Aufgabe vor sich genommen. Er habe geglaubt, daß Frankreich genug Bemühen seiner Friedensliebe gegeben habe, um Verhandlungen einzuleiten zu können, unter der Bedingung allerdings, daß sie auf realen Möglichkeiten begründet seien, die dahin hätten zu führen, daß keine der beiden Parteien ihren Vorteil zu Lasten anderer Alliierten unterbreitet werde, um den guten Willen der französischen Regierung zu zeigen. Da habe Natürliege, seien hier im Rahmen der Verträge in Aussicht genommen. Überall dieses Rahmens bietet es Gefahren. Briand erklärte weiter, es sei ein Mangel der Verträge, daß sie nicht genügend die Solidarität unter den Alliierten festgelegt hätten. Frankreich könne von seinen Freunden ebensowenig fordern, daß sie ihre Verpflichtungen aufhoben, wie sie von Frankreich nicht verlangen könnten, daß es auf die Leistungen verzichte. Aber wichtige Säulen der Verträge auszuhalten müßten, wie müßten für die entsprechenden und zukünftigen Verhandlungen die Verträge aufrecht erhalten. Das ist eine Frage des Respekts vor unserer Unterzeichner. Wir können weder unsere nationale Einheit noch unsere Ehre opfern. Das sind die Grundätze, die wir bei den Verhandlungen aufgestellt haben.

„In einigen Tagen“ habe Briand alsdann fort, wird die Frage der Sicherheit der Verträge, man werde ich alle notwendigen Schritte ergreifen. Bis dahin kann ich es nicht, ohne mein gegenseitiges Wort zu verletzen. Reichsminister Dr. Stresemann hat gewisse Erklärungen abgegeben. Er ist verpflichtet, mit der Öffentlichkeit seines Landes zu rechnen, man müsse deshalb bedenken, was er habe sagen wollen. Ich habe in seinen Worten nicht das brutale non possumus gefunden, das man nach gewöhnlichen hätte erwarten können. Stresemann habe gesagt, die Alliierten hätten ihre Unterpflichten nicht respektiert, daß sie nicht nicht geräumt hätten. Er hätte auch sagen können, daß die Verträge nicht erfüllt seien, daß die Alliierten nicht ihre Unterpflichten hätten erfüllt, wie die Alliierten sie noch nicht befreit hätten. Das sei Ironie. Er sei überzeugt, daß Dr. Stresemann die Verhältnisse sehr gut kenne. General Bourgeois habe einiges davon bekanntgegeben. Ohne das Bild sehr langsam malen zu wollen, wie dieser Mann in seinen Worten sagen, daß er in dieser Weise einen Teil der Bestimmungen der Kontrollkommission wiederholen habe. Es sei nicht erlaublich, daß Deutschland von patriotischem Geiste befeuert sei.

Viele Nationen hätten sich in dieser Richtung an ihm ein Beispiel nehmen. Es sei also nicht zweifelhaft, daß die Vereinigungen mit sogenannten Wärdigen in Deutschland gebildet hätten. Es ist sicher, daß wenn jede der feindseligen Verfassungen für sich allein genommen werde, sie nicht gefährlich seien. Ihre Gesamtheit und ihre Zusammenfassung untereinander seien aber doch gefährlich, einen Keinen Schauer der Beunruhigung zu verursachen. Auf alle Fälle ist es notwendig, daß die Verhandlungen gegen den Verfall der Verträge, die von der Kontrollkommission aufgestellt seien, befristet würden. Wenn Deutschland seine Verpflichtung ablehne, und wenn es wirkliche Sicherheitsgarantien ins Auge zu fassen gedente, werde man das in nächster Zeit.

### Französische Kritik an den Kosten der Interalliierten Rheinlandkommission

Paris, 27. Mai.

Die „Gr. Nouvelle“ weist an leitender Stelle den Finanzminister auf die Mißstände und die Geldverschwendung der Interalliierten Rheinlandkommission hin. Das Verlangen der deutsch-französischen Schiedsgerichtskommission werde weiter im Auge behalten und entlohnt, obwohl die Kommission bereits im März ausgesetzt ist. Der seit 31. August 1924 aufgehobene Präsidentenrat sei in eine Abwidlungsstelle verwandelt worden, wodurch 30 beständige und französische Beamte ohne jede Arbeitsleistung weiter erhalten werden. Am interalliierten Büro der Rheinlandkommission in Koblenz würden 25 Beamte beschäftigt, darunter zehn Dienstleister im Alter von 25 und 30 Jahren. Das Büro für Disputationsangelegenheiten beschäftige 17 Sekretäre und stenographen und außerdem 13 Direktoren. Die Finanzabteilung habe sich aus 30 Beamten zusammen, davon 15 Dienstleister. „Gr. Nouvelle“ rüdet an Galloux die energische Auflockerung, den Mißständen ein Ende zu setzen und das Budget der Rheinlandkommission, das im Augenblick ungefähr 8 Millionen Franken beträgt, entsprechend herabzusetzen, da Frankreich durch das Dawesabkommen die Unterhaltungskosten im Rheinland selbst aufzubringen habe.

### Über einer neuen Schuldennote Amerikas

Berlin, 27. Mai.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus New-York: Kellogg und Beach besprechen die Schuldenfrage in einer längeren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192505282-17/fragment/page=0001





